

Rohstoffe

BIHK-Positionen zur Landtagswahl 2018

Auf einen Blick

Die bayerische Landespolitik muss eine über mehrere Generationen bedarfsgerecht gesicherte und kostengünstige Rohstoffgewinnung als Grundlage eines wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandortes stärker als bislang in den Blick nehmen. Da die Leistungsfähigkeit der bayerischen Unternehmen – und hier insbesondere des verarbeitenden Gewerbes – auch von einer sicheren, umweltverträglichen und möglichst ortsnahen Rohstoffversorgung bestimmt wird, kommt der langfristigen Sicherung heimischer Rohstoffe eine zentrale Bedeutung zu.

Die bayerische Wirtschaft ist zudem stark in internationale Rohstoffmärkte eingebunden und von einer weltweiten Verfügbarkeit abhängig. Ein freier Welthandel ist für die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit des Hightech-Standortes Bayerns deshalb ausschlaggebend.

Daher sollte die bayerische Landespolitik:

- Heimische Rohstoffe sichern
- Den Import von Rohstoffen erleichtern

Heimische Rohstoffe sichern

Planungssicherheit durch effizientere Genehmigungsverfahren schaffen

Um den Unternehmen der Rohstoffbranche Planungssicherheit zu bieten und die Erschließung neuer Vorkommen nicht zu einem unkalkulierbaren Risiko werden zu lassen, sollten die rechtlichen Vorgaben zur Rohstoffgewinnung übersichtlicher gestaltet und die Dauer der Genehmigungsverfahren verkürzt werden. Ziel muss es sein, die derzeitige Komplexität und die Unwägbarkeiten der Genehmigungsverfahren zu reduzieren und den Unternehmen Gestaltungsspielräume beim Umgang mit der Vielzahl der betroffenen Belange zu bieten. Dies würde auch zu einer deutlichen Entlastung der beteiligten Behörden führen.

Gewinnungsstandorte langfristig durch vorausschauende Raumordnung sichern

Obwohl es in Bayern reiche Vorkommen an Kies und Sand gibt, stehen nur sehr wenige dieser Vorkommen tatsächlich für den Abbau zur Verfügung. Oftmals sind diese Flächen durch andere Nutzungen bereits in Anspruch genommen. Ziel der Raumordnung muss es sein, unabhängig von einzelnen Gewinnungsvorhaben langfristig Flächen und Standorte für den Rohstoffabbau zu sichern, indem sie Standorte planerisch definiert und dauerhaft von Nutzungen freihält, die einer Rohstoffgewinnung entgegenstehen könnten. Die bayerische Landespolitik kann durch die Raumordnung gewährleisten, dass Nutzungskonflikte minimiert bzw. bereits im Vorfeld vermieden werden. Dadurch können auch die nachgelagerten Zulassungsverfahren erheblich entlastet und die Erschließung von Abbaustandorten deutlich erleichtert werden.

Schaffung einer qualifizierten Datengrundlage

Derzeit gibt es in Bayern keine einheitliche Datengrundlage der aktiven Abbaugebiete. Eine strukturierte Erfassung und Kartierung der im Freistaat befindlichen Gewinnungsgebiete und deren mögliche Erweiterungen ist aber erforderlich, da auf einer soliden Datenbasis gesamtplanerische Maßnahmen erfolgen können, die bayernweit Wirkung entfalten. Die Landespolitik sollte in den Ministerien entsprechende Kompetenzen aufbauen und von den regionalen Genehmigungsbehörden proaktiv Daten einfordern.

Stimme der Wirtschaft

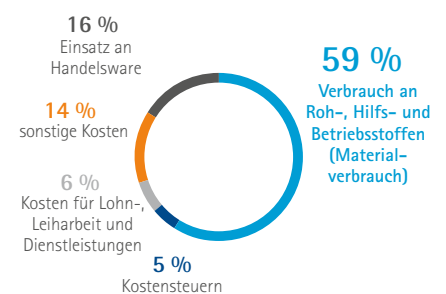
Nicht ausgewiesene Flächen werden von anderen überplant. Also müssen alle mineralischen Rohstoffe wie unser anderes natürliches Erbe – Wasser, belebte Natur, Denkmäler – vollständig und bedarfsunabhängig in öffentlichen Plänen aufgezeigt und für kommende Generationen gesichert werden.

Manfred Hoffmann, Geschäftsführer HOFFMANN MINERAL GmbH, Neuburg a.d. Donau, Mitglied des Regionalausschusses Neuburg-Schrobenhausen der IHK für München und Oberbayern

Forderungen

- Genehmigungsverfahren verbessern
- Standorte langfristig sichern
- Rohstoffpolitik am Bedarf der Betriebe ausrichten

Kostenstruktur der Unternehmen des verarbeiteten Gewerbes



Quelle: Statistisches Bundesamt 2016

Verlässliche Rahmenbedingungen für Genehmigungsverfahren schaffen

Darüber hinaus werden die für die Zulassung relevanten Gesetze und Verfahrensbestimmungen häufig geändert, sodass Unternehmern, Planern und Behörden kaum genügend Zeit bleibt, sich auf Änderungen einzustellen. Auch Änderungen der maßgeblichen Vorschriften während eines laufenden Verfahrens kommen inzwischen regelmäßig vor. Dies führt zu erheblicher Rechtsunsicherheit im Zulassungsverfahren. Gesetzgeber und Verwaltung müssen den Gewinnungsbetrieben verlässliche Rahmenbedingungen bieten, um das unternehmerische Risiko bestmöglich zu reduzieren.

Langfristig bedarfsgerechte Sicherung von Rohstoffvorkommen

Die landesplanerische Vorgabe zur Sicherung der Rohstoffvorkommen darf im praktischen Verwaltungshandeln nicht dazu führen, dass es zur Aufgabe der Unternehmen wird, den zukünftigen Rohstoffbedarf in der Region zu ermitteln. Die Branche ist kleinteilig strukturiert, sodass von den einzelnen Unternehmern eine entsprechende Bedarfsprognose nicht abverlangt werden kann. Stattdessen sollten die Betriebe in den Prozess mit eingebunden werden, um eine Einschätzung der prognostizierten Bedarfe zu bekommen, ohne ihnen aber die Pflicht einer eigenständigen Bedarfsermittlung aufzubürden.

Import von Rohstoffen erleichtern

Freie und faire Handelsbeziehungen gewährleisten

Neben den Energierohstoffen Erdöl und Erdgas sind auch viele Metalle und Mineralien importintensiv. Besonders das verarbeitende Gewerbe in Bayern ist für die Produktion hochwertiger Waren auf die Einfuhr von metallischen Rohstoffen und Industriemineralien wie Eisenerze, Aluminium oder Kupfer, aber zum Beispiel auch auf den Sekundärrohstoff Stahlschrott, angewiesen. Versorgungssicherheit, Preisstabilität und freie Märkte sind wichtige Voraussetzungen für die Wettbewerbsfähigkeit bayerischer Unternehmen. Handelsbeschränkungen, insbesondere Exportzölle, erschweren den Unternehmen eine kosteneffiziente Rohstoffbeschaffung und müssen daher abgebaut werden. Die bayerische Landespolitik sollte sich auf Bundesebene verstärkt für die Abschaffung von Handelshemmnissen einsetzen und auch auf Delegationsreisen in rohstoffreiche Länder die Wichtigkeit von freien und fairen Handelsbeziehungen betonen.

Internationale Rohstoffpartnerschaften ausbauen

Da der Zugang zu Rohstoffen nicht allein von technologischen Möglichkeiten abhängig ist, sondern auch in hohem Maße von wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen bestimmt wird, haben sich Rohstoffpartnerschaften als ein wichtiges Instrument zur Unterstützung der bayerischen Wirtschaft etabliert. Die Landespolitik sollte im Dialog mit der Bundesregierung weitere Rohstoffpartnerschaften, auch in Kooperationen mit den jeweiligen Auslandshandelskammern, aufbauen. Derzeit bestehen Rohstoffpartnerschaften mit den Ländern Peru, Mongolei und Kasachstan. Unter diesem Dach kann die Wirtschaft in eigener Verantwortung privatrechtliche Verträge abschließen, die durch außenpolitische Instrumentarien flankiert werden.

Forderungen



- Freie Märkte gewährleisten
- Internationale Rohstoffpartnerschaften ausbauen

Verwandte Themen



- Energie- und Ressourceneffizienz
- Energiesicherheit
- Gewerbeflächen nicht beschränken
- Umweltschutz

Ansprechpartner:

Björn Athmer  089 5116-0  bjorn.athmer@muenchen.ihk.de



Weitere Informationen finden Sie im Internet unter bihk.de/landtagswahl